

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 145.

zu Nr. 113 des Hauptblattes.

1922.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 11. Mai.)

Ministerpräsident Bud:

(Fortsetzung.)

Ich habe Abschrift des Antrags am 19. April meinen Herren Kollegen in der Regierung zugehört. Am 21. April haben wir eine Ministerkonferenz gehabt, und da habe ich die Herren Kollegen gehört, sich nun die gesetzlichen Bestimmungen anzusehen, weil nach der Geschäftsordnung das Ministerium von der Einbringung einer Vorlage bis zur Beratung einen Zwischenraum von einer Woche haben muß. Für die nächste Sitzung ist Beschlußfassung angefragt worden, diese konnte nicht am 28. April stattfinden, weil die Minister Feldt und Lipinski dienstlich nach Würzburg berufen waren und deshalb abwesend war. Wir waren also nicht voll zum 1. Mai, weil auch Dr. Kollege Wikan erkrankt ist. Die nächste Sitzung fand am 2. Mai statt; in dieser Sitzung sind eingehend die Unterlagen zu der Vorlage geprüft worden, und am 3. Mai sind die Antragsteller begehrt worden, daß der gesetzliche Antrag formell ungenügend ist, was sie selbst schon in ihrem Antrage durch den zitierten Satz anerkannt haben. Nun, m. H., ich kann Ihnen zu Ihrer Beratung sagen, daß gestern am 10. Mai, mittags 1 Uhr 20 Minuten (Feierzeit) der Antrag abgelesen worden ist, und zwar mit der notwendigen Zahl von Unterschriften, sogar noch etwas mehr als der nötigen Zahl, und daß infolgedessen nunmehr die Beratung dieser Angelegenheit auf die morgen stattfindende Ministerkonferenz verlegt werden ist. Zu Ihrer Berührung kann ich Ihnen weiter mitteilen, daß die Beratungen, die zu erlassen notwendig sind, auch schon vorgetragen worden sind. Also ich glaube, Sie werden schon zeitig genug zu der Überzeugung kommen, daß der Wunsch nach einem Volksentscheid nicht so lebhaft im Volke vorhanden ist, wie es hier im Landtag dargestellt wurde. Aber ganz gleich, auch wenn das Volk so entscheidet, wie es die Herren von der rechten Seite wünschen, die Regierung hat keinen Anlaß, irgendwie durch Radikalpolitik ein solches Ergebnis zu hintertreiben oder zu beeinflussen zu machen. Aber wir haben ein anderes Interesse: Wir haben ein Interesse daran, daß, wenn einmal eine große Mehrheit an unserer Stelle tritt, sie wenigstens abgeklärte und keine unvorhergesehenen Risiken erhaltene, damit und nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß wir leichtfertig die Risiken, die wir übernommen haben, verabsäumt oder unbeachtet gelassen haben. (Sehr richtig! bei den Kom.) Wir haben vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die geordnete Staatsverwaltung auch weiter gesichert werden kann, indem wir uns mit allen Kräften bekümmern, die der Verwirklichung des Staats mit Ihnen gemeinsam fertigzubringen. Wir haben eine Anzahl Vorlagen, die noch erledigt werden müssen. Alles das veranlaßt uns, mit Ihnen und mit allen, die guten Willens sind und denen die Interessen des Volkes am Herzen liegen, die ganzen Angelegenheiten der Verwaltung, die Gesetzgebung und die vorliegenden Aufgaben zu einem Abschluß zu bringen. Aus diesem Grunde werden wir uns streng an die gegebenen Bestimmungen halten und nicht darüber hinweggehen, sondern alles so tun, wie wir es voraussetzen können, nach Ihren eigenen Beschlüssen, die Sie im Landtag gefaßt haben. Zu den Ausführungen des Hrn. Abg. Siewert nur eine kurze Klarlegung! Der Hr. Abg. Siewert sagt, der Hr. Ministerpräsident habe selber erklärt, daß er keine Arbeiterpolitik, sondern Volkspolitik treibe. Das ist ein Irrtum des Hrn. Abg. Siewert; er verwechselt Arbeiterpolitik mit kommunikativer Politik (Zusammenhang links.), und die vertrete ich niemals, wenn ich ein nicht gewollt, in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung einen lustigen Raum schaffen zu helfen. Ich gehe auf den Standpunkt der Entscheidung, und darum treibe ich die Politik, wie ich sie seit Jahrzehnten für richtig erkannt habe, in Übereinstimmung mit meinen Parteifreunden, eine Politik, die allen Volksteilen und allen Volksgenossen zugute kommen soll. Wenn sich die Kommunisten zu den Volksteilen rechnen, wird sie auch ihnen zugute kommen, derjenigen Gruppe also, die glaubt, im Eisenbahnarbeiterkampf der Entscheidung voranzutreiben zu können. Die heute vorgebrachten Behauptungen habe ich in ihrer Richtigkeit, in ihrer Zielsetzung und in ihrer Ausdehnung trotz aufmerksamer Vertiefung nicht aufnehmen können, denn obwohl die Geschäftsordnung vorschreibt, daß den Redner nur der Präsident unterbreche darf, über diese Funktion eine große Anzahl von Abgeordneten aus (Reiterzeit.) und dann ist es nicht möglich, den Ausführungen der Redner zu folgen. Selbst wenn ich alles gehört hätte, was von dem rechten Flügel der Kommunisten, den der Hr. Abg. Siewert repräsentiert, vorgebracht worden ist (Witze Reiterzeit.) — der rechte Flügel der Kommunisten wird von dem Hrn. Abg. Siewert repräsentiert, diese Behauptung ist mindestens bezeichnender als die Unterstellung, die immer im Hinblick auf die Finanzierung in meiner Partei einzelnen Angehörigen gegenüber getan wird. Die Anfrage war ja auch an die Regierung gerichtet, und wenn der Hr. Abg. Siewert eine authentische Erklärung der Regierung haben will, so muß ich ihn bitten, bis zu gebühren, bis die Regierung Zeit gehabt hat, das umfangreiche Schriftstück zu lesen. (Zusammenhang bei den Kom.) W. H. Was innerhalb der Fraktionen beraten ist, ist nicht ein Bestandteil des Landtags, der die Regierung verpflichtet, Stellung dazu zu nehmen.

Diesem Unterschied bitte ich auf alle Fälle aufrechtzuerhalten. (Bravo! bei den Kom.)

Abg. Dr. Seyfert (Dem.):

Ich hatte zur Geschäftsordnung vorhin den Wunsch ausgesprochen, auch meine Anfrage gleich mit behandeln zu wollen. Der Landtag hat anders beschlossen; ich werde deshalb meine Ausführungen zur politischen Lage verbinden mit der Begründung meiner Anfrage und jetzt darauf verzichten, aber gleichwohl die Erklärung abgeben, wie wir uns zu dem Antrage auf Auflösung des Landtags zu stellen haben. Logisch hätten wir unsere Stellung abhängig zu machen von der Antwort, die die Regierung auf unsere Anfrage gibt. Die ganze Erklärung und die ganze Stimmung im Hause spricht wohl dafür, daß die Regierung unsere Anfrage mit einem Nein beantwortet wird, und deshalb müssen auch wir dieser Annahme gemäß jetzt unsere Abkündigung einrichten. Wir werden dem Antrage auf Auflösung des Landtages zustimmen.

Abg. Gehlein (Zentr. [Christl. Sp.]):

Ich möchte erklären, daß heute früh im Aiteksaal die gemeinsame Behandlung der Punkte 2 und 3 abgelehnt worden ist mit der Begründung, daß sich die Regierung bei Punkt 2 nicht beteiligen werde und dazu nicht das Wort nehmen werde. Ich möchte nur feststellen, daß diese Begründung hinsichtlich der beiden Punkte nicht zu verbinden. Ich beschränke mich darauf zu erklären, daß ich nach Lage der Dinge selbstverständlich für den Antrag Nr. 678 stimmen werde. Ich behalte mir vor, bei Behandlung der Anfrage Nr. 679, die ich mit unterzeichnet habe, den Standpunkt meiner Partei darzulegen.

Abg. Bentler (Dijonat.):

Der Hr. Ministerpräsident hat versucht, sein Verhalten und das des Gesamtministeriums unserem Antrage auf Volksbegehren gegenüber zu rechtfertigen. Ich kann den Versuch der Rechtfertigung aber nicht für gelungen erachten. Es bleibt das eine übrig: der Hr. Ministerpräsident weiß, daß zwei Parteien, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, durch ihre gewählte Organisation den Antrag stellen, und er muß als politischer Mann und als Kenner dessen, was im Lande vorgeht und was in den Zeitungen geschrieben wird, wissen, daß hinter diesem Antrag 30000 Wähler, Anhänger der Partei stehen. (Widerpruch links und Zentr. Mitglieder.) Es ist begreiflich, daß seine politische Routine und seine nicht erklärte, daß ein Mann, der sozialistische Ministerpräsident ist, so wenig Einblick in die politischen Verhältnisse hat. Er hat sich weiter darüber beschwert, daß ihm so viele Unbequemlichkeiten von unserer Seite gemacht würden. Ja, gibt es denn in der ganzen Welt eine Opposition, die der gegenwärtigen Regierung keine Unbequemlichkeiten macht? Dazu sind wir da, und damit werden wir fortfahren. Die interessante Rede war zweifellos die des Hrn. Abg. Siewert. Sie war einige interessante Schlagwörter auf die Verhältnisse der Parteien, und der Hr. Ministerpräsident hat das noch ergänzt. Wir war bisher nicht bekannt, daß die Kommunistische Partei auch schon zwei Flügel habe. (Lachen und Zurufe bei den Kom.) Ich bin auch heute noch nicht orientiert, wenn ich nun eigentlich zum rechten Flügel rechnen soll. Ich hoffe, daß mir auch darüber noch Klarheit gegeben wird. Ich habe aber weiter erfahren, daß sich auch in der U.S.P. eine Spaltung vorbereitet. Ich habe zu meinem ganz besonderen Erstaunen erfahren, daß Hr. Minister Lipinski auf dem Wege ist, deutschnationale Politik zu treiben (Reiterzeit.) und sich unserer Partei zu nähern. (Reiterzeit.) Ich muß sagen, so viel Interessantes auf einmal war kaum zu ertragen. (Reiterzeit.)

Aber dann hat der Hr. Abg. Siewert in geradezu glänzender Weise meinen Antrag auf Auflösung des Landtags begründet. Er hat zunächst der Regierung in berechneten Worten ein „Vertrauensvotum“ ausgeprochen. (Sehr gut! rechts.) Wägenaber und deutlicher konnte niemand sagen, wie Hr. Siewert: Dieses Ministerium wage, keine Spur von Vertrauen haben wir mehr zu den Herren! Und eigentlich müßte der Hr. Ministerpräsident, nachdem ihm das von dem Teile des Parlaments, den er unbedingt braucht, heute erklärt worden ist, daß er keine Spur von Vertrauen mehr hat da drüben, die Folgerung ziehen.

Und weiter hat sich aus den Worten des Hrn. Siewert zu ergeben, was ich immer behauptet habe, daß diese Mehrheit „homogen ist bis in die Puppen“, es fehlt eigentlich jede Homogenität; jeder will etwas anderes und will das, was der andere will, nicht billigen. Wir haben die Anforderungen gehört, die Hr. Abg. Siewert namens seiner Partei gestellt hat; die waren wahrheitsgemäß von der Zentrale verfertigt worden. Es hat sich keiner der Herren in der Mitte über diese Forderungen ausgesprochen, und Hr. Bud ist über diese Forderungen mit einer verlegenen Fratze hinweggeglitten. Die Forderungen standen ja, wenn ich mich recht erinnern, schon in der Presse, und es müßte doch meines Erachtens die Sozialdemokratische Partei und auch der Hr. Ministerpräsident Bud in der Lage gewesen sein, sich dazu auszusprechen. (Sehr richtig! bei den Kom.) Aber man kann das einfach nicht, es muß heute die Mehrheit noch einmal zusammen-

geleimt werden, sonst würden ja vielleicht die Herren doch nicht gegen den Antrag auf Auflösung gestimmt haben. Also heute muß diese Klust noch einmal vertuscht werden. Wir haben das nicht anders erwartet, das sage ich noch einmal (Lachen links.), und wir rechnen auch nicht damit, daß die Kommunisten noch einmal mit uns stimmen. (Zurufe von den Kom.: Und die unwahre Behauptung?) Die Unwahrheit soll ich gelagt haben. Was ich in dieser Beziehung gelagt habe, habe ich an einem der letzten Tage in der Zeitung gelesen. Da ich aber nicht die Gewohnheit habe, alle Zeitungen, die ich lese, mit mir herumzutragen, werde ich sie suchen und dann vorlegen. Ich kann unmöglich jeden Zeitungsartikel bei mir haben. (Zuruf bei den Kom.: Schwindler!)

Ich möchte dann noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Hrn. Fräßdorf sagen. Hr. Fräßdorf hat zunächst aus seinen Erinnerungen viel mitgeteilt, was ihn früher verlegt hat. Er hat dabei aber hin und wieder Arbeiterchaft und Sozialdemokratie verwechselt. Ich bekrachte, daß die konservative Regierung, wie sie früher war, Maßregeln getroffen hat gegen die Arbeiterchaft. (Lebhafte Widerspruch links.) Aber die konservative Regierung hat allerdings Maßregeln getroffen gegen die Sozialdemokratie, und diese Maßregeln waren, wenn man sich ansieht, was die Sozialdemokratische Partei damals für Ziele hatte, berechtigt. (Lebhafte Zurufe links.) Die Sozialdemokratische Partei hat damals offen und ehrlich erklärt, wir wollen den Umsturz, wir wollen die gegenwärtigen politischen Verhältnisse nicht auf legalem Wege, sondern auf dem Wege der Gewalt umstürzen. (Schriftführer bang: Genau, wie Sie es machen!) Sie hat dieses Wort auch gehalten und ihr Ziel erreicht. Daß eine Regierung gegen eine Partei, die auf ihre Fahnen schreibt: wir wollen auch die Regierung und die Verfassung und die Wirtschaft, die jetzt herrscht, mit Mitteln der Gewalt aus den Angeln heben und vernichten, mit allen Mitteln aufricht, ist ihr gutes Recht. Wenn wir uns heute hinstellen und sagen, wir wollen mit Mitteln der Gewalt die jetzige Verfassung umstürzen, so kann die jetzige Regierung auch so verfahren. Aber wer ist es denn, der diese jetzige Verfassung umstürzen will? Das sind nicht wir, sondern die Herren Kommunisten. (Lebhafte Unruhe bei den Kom.) Wegen die müßte sich die Regierung wenden (Lebhafte Zurufe bei den Kom.: Zimmer feste!), weil sie den heutigen legalen Zustand beibehalten wollen mit allen Mitteln, auch denen der Gewalt. Dann hat Hr. Fräßdorf Fräßdorf gelagt: wo waren denn die Herren von der Rechten bei der Revolution? (Abg. bang: Im Kauseloch!) Darauf möchte ich mit der Gegenfrage antworten: warum hat sich die Sozialdemokratie an den alten Staat nicht herangewagt, wie er noch in der Fülle seiner Macht da stand? Dazu hätte Mut von ihrer Seite gehört, um den Wilhelm-nischen Staat anzugehen. (Lebhafte Zurufe links. — Hammer des Präsidenten.) Was hat sie getan? Sie hat, als der alte Staat von äußeren politischen Feinden umstellt war, als er schon todwund dalag, ihm den letzten Tritt verlegt. Das war sein Lebensblut, das war ein feiges, hinterlistiges Stück. Die Regierung in Berlin hatte verboten, daß geschossen wurde. Das hat uns, die wir damals noch gewohnt waren, auf die Regierung zu halten und ihrer Order zu folgen, die Hände gebunden, sonst wäre geschossen worden, und ich behauere, daß nicht geschossen worden ist. (Lebhafte Unruhe und Lärm links. — Hammer des Präsidenten.) Man sollte also in der Tat uns gegenüber nicht von Feigheit sprechen. (Lebhafte Zurufe links: Jetzt sind Sie einmal ehrlich gewesen! — Präsident (mit dem Hammer kopfend): Hr. Abg. bang, ich bitte um Ruhe!) Was hat die sozialistische Regierung getan, als Kapp in Berlin einzog? Wo ist sie da hingelassen? Da war ihr Dresden noch zu nahe, da sah sie Hals über Kopf noch weiter weg, nach Stuttgart. (Sehr richtig! bei den Kom.) und weil es mit ihrer Herrlichkeit sonst zu Ende gewesen wäre. Wenn sie nicht die alte Beamtenchaft, und nicht die Einrichtungen des wilhelminischen Zeitalters gehabt hätten, wäre mit ihrer Feigheit nicht getan gewesen. Also mit diesem Ruhmestitel kann sich die Sozialdemokratie nicht trüben. Wir bitten nochmals, auch die Herren von der Linken, unserem Antrage zuzustimmen. (Lachen links.) Wir wollen leben, was das Volk dazu sagt. Wir gehen dem Volksentscheid mit Ruhe entgegen. (Sehr gut! rechts. — Unruhe links.)

Hierauf wird der Antrag Hofmann-Bähler u. Gen. mit 45 Stimmen der Linken gegen 47 Stimmen der Rechten abgelehnt. (Abg. Wirth: Mit großer Majorität! — Lachen links.)

Punkt 3 der Tagesordnung: Anfrage des Abg. Dr. Seyfert u. Gen. Umbildung der Regierung beziehungsweise die Auflösung des Landtags betreffend. (Drucksache Nr. 679.)

Die Anfrage lautet:

Aus der Ablehnung des Justizgesetzes ergibt sich, daß die Regierung in einer für den Staat bedeutungsvollen Frage nicht auf eine Mehrheit des Landtages sich stützen kann. Die Erklärung der Kommunistischen Partei, die bisher die Regierungsmehrheit mit gebildet hat, daß sie gewillt gewesen sei, den Gehalt des Justizministers zu bewilligen, schließt die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Regierung die für die Justizverwaltung und die ordentlichen Gerichte notwendigen Mittel zu verfügen entschlossen war.

Es ist Pflicht einer parlamentarischen Regierung, aus dieser politischen Lage die Folgerung zu ziehen, nämlich zurückzutreten, um eine Umbildung der Regierung mit dem Ziele einer sicheren Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten zu ermöglichen und, wenn dieser Versuch misslingt, die Auflösung des Landtages herbeizuführen.

Ist die Regierung bereit, diesen Weg zu beschreiten?

Das Wort zur Begründung der Anfrage erhält

Abg. Dr. Seyfert (Dem.):

Nach dem eben gefaßten Beschlusse, daß der Landtag bei der Behandlung der Angelegenheit unserer Anfrage überfällig erschienen, wenn nicht zugleich die Auflösung des Landtages unter Umständen abgelehnt werden würde unsere Frage, ich möchte sagen, doppelt berechtigt erscheinen lassen. Die Vertreter der Mehrheit, die Kommunisten, haben heute eine neue Erklärung, daß sie wichtigen Bestand den des Haushaltsplanes, dem Justizgesetz, dem Budgetgesetz, nicht zustimmen werden. Es wird also in absehbarer Zeit der Zeitpunkt wieder eintreten, an dem die Regierung vor diese Frage gestellt wird, vor die sie unsere Frage stellt, denn es muß nach parlamentarischen Brauche doch wohl daran festgehalten werden, daß die Ablehnung der Staatsmittel die härteste Mittel ist, der Regierung zu erklären, daß sie das Vertrauen nicht besitzt. (Abg. Dr. Siewert: Sehr richtig!) und daß die Kommunisten, indem sie eine Staatsnotwendigkeit im Haushaltsplan ablehnen, eben dieser Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Es ist freilich anzunehmen, auch nach dem heutigen Verhalten der Kommunisten, daß es ihnen mit dieser Ablehnung gar nicht recht empfindlich ist. (Sehr richtig! bei den Dem.) daß sie die Ablehnung wesentlich dazu benutzen, neue Anforderungen an die übrigen Regierungsparteien zu richten und diese zu neuen Zugeständnissen an die Kommunisten zu zwingen. Dieser Umstand ist es vor allem, der uns die Behandlung dieser Frage als außerordentlich wichtig erscheinen läßt. Wenn die Kommunisten ihre Zustimmung selbst wirklich empfinden, so würden sie daraus die Konsequenzen ziehen, die mit Notwendigkeit daraus folgen.

Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden: daß die Ablehnung auch eines ganzen Ressorts vereinbar ist mit dem Verbleib der Regierung, und daß dies der Verfassung nicht widerspricht. Ich will dann beweisen, daß diese Anschauung falsch ist. Mehr aber als dieser Nachweis liegt mir doch an, auch auf Grund der heutigen Verhandlungen nachzuweisen, daß die Justizminister sich nicht allmählich in unserem Parlament herausgebildet haben unter Duldung und Unterstützung der Regierung, nicht mehr weiter bestehen dürfen, daß sie dem auch heute öffentlich anerkannten demokratischen Gedanken in jeder Weise Hohn sprechen. Davon, dies zu beweisen, wird mich auch der Bekannte nicht abhalten, daß, wie einer der Herren Redner gesagt hat, in unserem ganzen Verhalten in der augenblicklichen politischen Lage eine Illusion zum Ausdruck käme, die den Wirklichkeiten nicht gerecht wäre. Es ist uns ganz gleichgültig, ob wir in der Anschauung, die ich hier im Namen meiner Partei vertritt, vollständig allein stehen. Es handelt sich lediglich darum, ob diese Anschauungen richtig sind. Es wird, darauf deuten auch die heutigen Vorgänge hin, der Zeitpunkt kommen, in dem man das, was wir erstreben, als die allein mögliche Lösung aller der Schwierigkeiten, mit der unsere Politik zu kämpfen hat, erkennt.

Wir behaupten in unserer Anfrage, daß die Regierung, nachdem ihr ein wichtiger Bestand des Staats abgelehnt worden ist, die Verpflichtung hat, zurückzutreten und zu versuchen, eine Mehrheit zu bilden, die eben die Staatsnotwendigkeiten tatsächlich bewilligt. Die Regierung hat das bis heute aus freiem Antriebe nicht getan, und darin liegt die Notwendigkeit für unsere Anfrage. Ich habe mich im stillen gefragt, was wird uns die Regierung antworten und ich bitte um die Erlaubnis, die Regierungserklärung vorzulesen, wie ich sie mir denke. Sie wird etwas sagen:

Nach Art. 27 bedürfen die Mitglieder des Gesamtministeriums zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtags. Nach Art. 2 muß jeder Minister zurücktreten, wenn der Landtag durch ausdrücklichen Beschluß ihm das Vertrauen entzieht oder seinen Rücktritt fordert. Die Ablehnung des Justizgesetzes be-